

MOTION von Ernst Wohlwend (SP, Winterthur), Regine Aeppli Wartmann (SP, Zürich) und Willy Spieler (SP, Küsnacht)

betreffend Aufbau eines Gesetzgebungsdienstes

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat die nötigen Gesetzesänderungen zur Schaffung eines zentralen Gesetzgebungsdienstes zu beantragen.

Ernst Wohlwend
Regine Aeppli
Willy Spieler

Begründung:

Gesetzgebung stellt hohe Anforderungen, und zwar in fachlicher wie in organisatorischer Hinsicht. In der Rechtswissenschaft hat sich die Gesetzgebungslehre zu einer selbständigen Disziplin entwickelt. Fachwissen aus verschiedenen Verwaltungsabteilungen, aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft muss einbezogen, die vorgesehene Regelung auf über- und nebengeordnetes Recht abgestimmt werden, was vor allem dann, wenn das Ziel innert vorgegebener Frist erreicht werden soll, eine eigentliche Projektorganisation erfordert.

Wie die Erfahrung zeigt, können die Direktionen anspruchsvollere Gesetzgebungsprojekte nur noch mit Mühe bewältigen; das vorhandene Potential wird oft nicht ausreichend genutzt. Der Rechtsdienst der Staatskanzlei ist schon aufgrund seiner beschränkten personellen Mittel kaum in der Lage, die Direktionen wirksam zu unterstützen. Das bei einem Gesetzgebungsprojekt in einer Direktion erworbene Knowhow geht bis zum nächsten solchen Projekt häufig wieder verloren.

Es erscheint deshalb als zweckmässig einen zentralen Gesetzgebungsdienst zu schaffen ist, der den Direktionen mit Fachleuten im Bereich der Gesetzgebungslehre und des Projektmanagements zur Seite steht.